

## KURZ NOTIERT

von Christina Grein

Die Autorin ist  
Koordinatorin  
der Burma-Initi-  
ative der Stiftung  
Asienhaus.

### ■ Militärpräsenz in Rakhine: Sicherheit für wen?

Die Lage im Norden des Rakhine-Staates hat sich in den letzten Monaten verschärft. Laut staatlichen Angaben zählt dieses Jahr bis jetzt 59 Tote und 33 Verschwundene. Darunter angeblich rund 20 Muslim\*innen, die mit den Behörden kooperiert hatten. Die Regierung Myanmars vermutet ein »terroristisches Rohingya-Netzwerk« hinter den Taten. Das Militär soll inzwischen eine Aufklärungsmission gestartet haben. Aufgrund von Überfällen auf myanmarische Grenzposten durch eine angeb-

lich extremistische Rohingya-Gruppierung im Oktober 2016 war die Region an der Grenze zu Bangladesch abgeriegelt worden. Nachfolgende Operationen des Militärs und der Polizei hatten zu massiven Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und zur Massenflucht von Rohingya und Muslim\*innen geführt. Lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen berichteten von zahlreichen Vergewaltigungsfällen und außergerichtlichen Tötungen durch staatliche Sicherheits-

kräfte. Die *Arakan National Party*, die sich für die Interessen buddhistischer Rakhine stark macht, forderte die Regierung inzwischen dazu auf, die Sicherheitsmaßnahmen in der Region zu verstärken. Dabei wurde die Militärpräsenz laut Pressemeldungen bereits um hunderte Truppen verstärkt. Eine langfristige Konfliktlösung und die Verbesserung der sozioökonomischen Lage in Rakhine rücken damit in weite Ferne.

*The Irrawaddy* 21.8.2017  
*Radio Free Asia*, 11.8.2017

### ■ Wo sind die Frauen im Friedensprozess?

Bei den Friedensverhandlungen zwischen Regierung, Militär und bewaffneten ethnischen Gruppen sind weibliche Akteure weiterhin eine Randerscheinung. Obwohl sich Fraueninitiativen schon seit Jahren oder gar Jahrzehnten in der Friedens- und Konfliktlösungsarbeit engagieren, wird ihr Know-how bisher kaum nachgefragt. Im August 2017 kam das *Women, Peace and Security Forum* in Yangon zusam-

men, um Veränderungen anzustoßen. 180 Teilnehmerinnen aus allen Teilen des Landes diskutierten über den Stand der Partizipation von Frauen im Friedensprozess, die Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Bekämpfung von Diskriminierung. Eine zentrale Forderung ist die Einbeziehung von weiblichen Delegierten in die Diskussionen zum Thema Sicherheit. Frauen kennen die Probleme

der eigenen Gemeinden sehr viel besser als Männer, betont Lu Mai von der *Kachin Baptist Convention*. Gerade in den Binnenflüchtlingscamps sind Frauen oft das Rückgrat der Haushalte und Gemeinden. Laut Regierungsinformationen lag der Frauenanteil bei der letzten Friedenskonferenz im Mai 2017 gerade einmal bei 17 Prozent.

*The Irrawaddy* 21.8.2017

### ■ Schlechte Zeiten für Meinungs- und Pressefreiheit

Unter der seit April 2016 amtierenden *National League for Democracy* (NLD)-Regierung von Staatsberaterin Aung San Suu Kyi sieht es für die Medienfreiheit in Myanmar zunehmend düster aus. Journalist\*innen sehen sich landesweit Bedrohungen, Einschüchterungen und Berichterstattungsverboten ausgesetzt. Myanmar falle auf die untersten Plätze der Rangliste der Pressefreiheit ab, bestätigte die Menschenrechtsorganisation *Fortify Rights*. Dabei werden insbesondere zwei umstrittene Gesetze genutzt: Der *Unlawful Associations Act* von 1908 wird von den

Behörden seit jeher dazu eingesetzt, Menschen, die verdächtigt werden, einer »rechtswidrigen Vereinigung« anzugehören, oder auch an Treffen solcher teilnehmen, willkürlich zu inhaftieren. Das Militär wendet es häufig gegen ethnische Minderheiten und deren Armeen an. Drei Journalist\*innen des Nachrichtenmagazins *Irrawaddy* und der Organisation *Democratic Voice of Burma* droht gegenwärtig bis zu drei Jahren Haft. Sie hatten im Juni 2017 zur Berichterstattung an der alljährlichen Drogenverbrennungszeremonie der *Ta'ang National Liberation*

*Army* im Rahmen des Internationalen Tages gegen Drogenmissbrauch teilgenommen. Weit häufiger wird jedoch Paragraph 66(d) des Telekommunikationsgesetzes verwendet, der u. a. die Verleumdung von Personen im Rahmen der Nutzung eines Telekommunikationsnetzwerks unter Strafe stellt. Der Journalist Kyaw Min Swe von der Lokalzeitung *The Voice* steht gegenwärtig wegen Missachtung des Paragraphen vor Gericht. Er hatte einen satirischen Beitrag über einen Propagandafilm des Militärs veröffentlicht.

*Democratic Voice of Burma* 4.8.2017  
*The Diplomat* 10.8.2017